

**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

FDP International	4/5	Einheitskasse	12	Vote électronique	16	Abstimmungen	21
FDP RADIGAL	6	Unter Freisinnigen	13	FDP Service Public	20	Wehrpflicht	22/23

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

## Inhalt

### Jede Unterschrift zählt

Die persönliche Privatsphäre ist einer der wichtigsten Pfeiler unserer Freiheit. Damit dieses Grundrecht nicht ständig weiter ausgehöhlt wird, sammelt die FDP Unterschriften für die überparteiliche Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre».

Seite 14

### Die FDP unterwegs

Uhren und Schweinchen – dies waren die Hauptdarsteller des diesjährigen Fraktionsausfluges der FDP. Die Liberalen. Über 150 Gäste genossen mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern der FDP-Bundeshausfraktion einen wunderschönen Ausflug in die Westschweiz.

Seite 15

### Satiriker mit Stachelfrisur

Warum wir mehr über den Buddhismus als über die Politik reden sollten, wo Gott sitzt und warum anständige Menschen keine sozialistische Regierung brauchen, erklärt der Satiriker Andreas Thiel im grossen Interview mit dem «Schweizer Freisinn».

Seiten 18 und 19

### Innensicht

Zeitmilitär Marina-Simone Mayer berichtet aus ihrer Perspektive über die Wehrpflicht.

Seiten 22 und 23



Die Preisträger des KMU-Preises 2011 mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

## KMU-Preis 2013

# FDP gratuliert den Preisträgern

KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft – um ihre Leistung und ihren Einsatz zu würdigen, verleiht die FDP im Zweijahresrhythmus den KMU-Preis. Die neunte Ausgabe des Preises wird dieses Jahr an Start-Ups verliehen, die sich durch besonders innovative Ideen auf dem Markt zu etablieren versuchen. Der FDP, als wirtschaftsfreundlichster Partei, ist es ein Anliegen, die unternehmerischen Aktivitäten von jungen Pionieren zu belohnen und zu fördern. Das Engagement, die Freude und der unermüdete Einsatz, mit welchen sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer für

ihre Ideen einsetzen, sollen uns allen als Vorbild dienen. Die FDP wird sich auch in Zukunft auf politischer Ebene dafür einsetzen, dass für kleine und mittlere Unternehmen optimale Rahmenbedingungen erhalten bleiben und geschaffen werden – damit Innovation auch künftig zu Erfolg führen kann.

Lesen Sie auf den Seiten 8 bis 11 mehr über die diesjährigen Preisträger aus acht Kantonen, die sich in vielfältigsten Bereichen spezialisiert haben: Hard- und Softwareentwicklung, Life Science, Online Services, Elektrochemie, Energieerzeugung, Skischuhe, Systeme zum Abgleich gesi-

cherter Sohlenabdrücke sowie Musikplattformen. Die Diversität der Preisträger 2013 erfreut und zeigt, dass Unternehmergeist in der Schweiz hochgehalten wird. Die Auszeichnung, die von Bundesrat Johann Schneider-Ammann überreicht wird, soll zeigen, dass die FDP um die tragende Rolle, die Schweizer KMU nicht nur in Wirtschaft, sondern auch in Gesellschaft zukommt, weiss und sie schätzt. In diesem Sinne wünschen wir, dass Leistungswille, Kreativität und Engagement für die Preisträger auch in kommenden Jahren zu Erfolg führen.

Abstimmung vom 22. September: Aufhebung der Wehrpflicht

# Neutralität und Stabilität der Schweiz sichern

Die Abstimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht wird für zukünftige Generationen weitreichende Auswirkungen haben. Für die Jungfreisinnigen Schweiz wurden diese schon spürbar, da die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) den Jungfreisinn deutlich aufgerüttelt hat. Obwohl die Diskussionen intensiv geführt wurden, sind die Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern schlussendlich klein. Die Notwendigkeit einer starken Armee wird nicht bestritten.

### Marcel Schuler, Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz

In den letzten Wochen geisterte die Mär eines intern zerstrittenen Jungfreisinns durch die Medien. Angeblich sei über die Frage der Aufhebung der Wehrpflicht ein Konflikt aufgebrochen, der tiefe Gräben in die Partei gezogen habe. Dieses Bild entspricht nicht der Wahrheit. Tatsache ist, dass es Diskussionen gab. Tatsache ist aber auch, dass sich die Jungfreisinnigen nicht in zwei zutiefst zerstrittene Lager aufteilen, sondern sich nur in wenigen Punkten uneinig sind. Die Armee wird nicht in Frage gestellt. Das Ziel der Initianten, die Armee abzuschaffen, wird keineswegs geteilt.

Anlass zur Debatte haben vielmehr unterschiedliche Auffassungen über das Staatsverständnis, liberale Postulate und ökonomische Fragen gegeben.

### Staatsverständnis

Es ist eine philosophische Frage, wie weit die persönliche Freiheit eingeschränkt werden darf. Gerade im Jungfreisinn wird von vielen Mitgliedern ein kompromissloser Liberalismus verfolgt und Einschnitte werden sehr kritisch beäugt. Daher ist im Jungfreisinn umstritten, ob es gar keine Einschränkung durch den Staat geben darf, oder ob Gründe existieren, die solche rechtfertigen.

Für die Mehrheit des Kongresses der Jungfreisinnigen, welche sich mit 51 zu 41 Stimmen für die Wehrpflicht aussprach, begründen die durch das Volk gegebenen Rechte und Pflichten in der Verfassung einen dieser Gründe.



Marcel Schuler ist Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz.

### Ökonomische Fragen

Die Landesverteidigung ist ein öffentliches Gut, eine rein private Lösung wäre kaum denkbar. Die Wehrpflicht ist eine – wohl relativ ineffiziente und den Freiraum einschränkende – Methode, um dieses Gut zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist für einen Teil

der Jungfreisinnigen die freiwillige Miliz eine geeignetere Lösung.

Für den Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz ist fraglich, unter welchen Umständen eine freiwillige Miliz funktionieren würde. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Armeen ohne Wehrpflicht grösste

Mühe haben, genügend geeignetes Personal zu rekrutieren, ohne zu einer Berufsarmee zu werden. Zudem bleiben Hochqualifizierte bei einer Abschaffung der Wehrpflicht dem Militärdienst fern.

Da sich für freiwillige Milizen oder Berufsarmeen nicht mehr genügend Freiwillige melden, wurden etwa in Spanien die intellektuellen Anforderungen bis zur Debilitätsgrenze gesenkt, wird in Grossbritannien in Gefängnissen oder unter Obdachlosen rekrutiert und in den USA wurde das Rekrutierungsalter bis auf 40 Jahre erhöht. Aufgrund dieser Problematik ist die freiwillige Miliz eine Utopie.

Die Einführung einer Berufsarmee durch das Parlament wäre unausweichlich, um den Auftrag verfassungsgemäss auszuführen. Bedenklicherweise kommt hinzu, dass die GSoA mit dieser Initiative ganz andere Ziele verfolgt. So kann dem Flyer der GSoA Folgendes entnommen werden: «Das Ziel der GSoA bleibt die Abschaffung der Armee. Aber um die Armee in ihren Grundfesten zu erschüttern, und gleichzeitig die Scheindebatte im Parlament rund um den Zivildienst zu entlarven, ist die Aufhebung der Wehrpflicht das geeignetste Mittel.»

Es ist also äusserst fraglich, ob bei dieser Initiative, die als Mittel zur Abschaffung der Armee erachtet wird, genügend qualifizierte Wehrdienstleistende rekrutiert werden können. Dies ist aber besonders für die Neutralität und Stabilität der Schweiz von entscheidender Bedeutung. Deshalb haben sich die Jungfreisinnigen Schweiz gegen die Abschaffung der Wehrpflicht ausgesprochen.

Unternehmerintreffen mit Bundesrat Schneider-Ammann

# Gemeinsamer Einsatz für eine starke Wirtschaft – auch dank starken Frauen

Auf Initiative der *FDP.Die Liberalen Frauen* hat sich am 18. Juni eine Gruppe von hochkarätigen Unternehmerinnen mit Bundesrat Schneider-Ammann getroffen. Ziel dieses Anlasses, der nach dem letzten Jahr zum zweiten Mal stattfand, war der enge Austausch zwischen Wirtschaft und Politik. Es wurden Themen rund um das Unternehmertum, das Erfolgsmodell Schweiz, das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Wirtschaft, die «gläserne Decke», das duale Bildungssystem und die Förderung von weiblichen Talenten in den technischen Berufen diskutiert.

**Claudine Esseiva,**  
Generalsekretärin

Die Unternehmerinnen folgten sehr gerne der Einladung von Bundesrat Schneider-Ammann. Die Stimmung war offen und herzlich. Themen wie gemischte Teams in der Chefetage, der berufliche Alltag von Frauen, die leider immer noch sehr schwierige Vereinbarkeit von Familien und Beruf, die mangelnde Nutzung der weiblichen Arbeitskräfte, Quoten wie auch der Angriff auf die liberale Wirtschaftsordnung wurden offen angesprochen und intensiv diskutiert.

Bundesrat Schneider-Ammann schätzt diesen Austausch sehr: «Unsere Wirtschaft braucht die besten Talente – ob weiblich oder männlich. Gemeinsam wirken wir darauf hin,

dass alle sich entfalten und ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen können. Die Unternehmerinnen beeindruckten mich mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement einmal mehr.»

Die Präsidentin der *FDP.Die Liberalen Frauen*, Carmen Walker Späh, erklärte ihrerseits, dass weibliche Unternehmerinnen und Führungskräfte als Vorbilder gerade für junge Frauen enorm wichtig seien: «Wir *FDP.Die Liberalen Frauen* stehen für die Wirtschaftsfrauen ein. Es fällt auf, dass Unternehmerinnen und Managerinnen authentisch kommunizieren, als Arbeitgeberinnen soziale Verantwortung übernehmen und dies auch dementsprechend wahrgenommen wird. Das ist ein grosses Potenzial, das wir vielmehr ausschöpfen müssen.»



Bundesrat Johann Schneider-Ammann und FDP-Frauen-Präsidentin Carmen Walker Späh waren sich einig: Unsere Wirtschaft braucht Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte.

**FDP**  
Die Liberalen  
Frauen

## Zukunftstagung

**Samstag, 7. September 2013**

**10.15 bis 16.30 Uhr**

**Kulturcasino der Burgergemeinde Bern**

Ab 9.45 Empfang mit Kaffee und Gipfeli

10.15 Begrüssung durch die Präsidentin Carmen Walker Späh, Präsidentin *FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz*

10.20 Einleitung

10.30 Workshops

12.15 Mittagspause

13.00 Zweite Runde

16.15 Fazit

16.30 Ende der Veranstaltung

Die Veranstaltung ist nur für Mitglieder der FDP Frauen und nicht öffentlich. Die Presse ist nicht zugelassen: Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 30.– erhoben (inkl. Kaffee/Tee, Croissant, Stehlunch und Getränke).

### Anmeldung

Wir bitten um **Anmeldung bis 30. August 2013** an: [frauen@fdp.ch](mailto:frauen@fdp.ch) oder per Post oder Fax an FDP Frauen Schweiz, z.H. Claudine Esseiva, Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax 031 320 3500.

*FDP.Die Liberalen Frauen*

Carmen Walker Späh, Präsidentin

Die Zukunft des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU

# Die Aussensicht auf die Migrationsvorlagen

In den kommenden 24 Monaten kommen mit der Masseneinwanderungsinitiative, der Ecopop-Initiative und dem möglichen Referendum gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit gleich drei Vorlagen vor das Volk, die das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA) in Frage stellen. Worum es geht und was für die fünfte Schweiz auf dem Spiel steht, skizziert François Baur, Präsident der *FDP.Die Liberalen International*.

**François Baur, Präsident  
FDP.Die Liberalen International**

Während des Wahlkampfs 2011 vertrat ich die FDP an einer Veranstaltung der iberischen Schweizerclubs in Denia, Spanien. Die zunehmende Einwanderung in die Schweiz war auch für die anwesenden Auslandschweizerinnen und -schweizer ein Thema. Ein Teilnehmer fasste das diffuse Unbehagen über die rasante Zunahme der Bevölkerung in der Schweiz wie folgt zusammen: «Ich bin ja kein Extremist und sehe auch die wirtschaftlichen Vorteile einer Zuwanderung. Aber ich

frage mich, wird es in der Schweiz für meine Kinder noch Platz haben, wenn sie einmal zurück in ihr Heimatland wollen?»

## Die Personenfreizügigkeit wird angegriffen

Mit diesem diffusen Bauchgefühl arbeiten sowohl die Masseneinwanderungs-Initiative, als auch die sogenannte Ecopop-Initiative aus dem links-grünen Lager.

Die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP verlangt eine grundsätzliche Neuausrichtung der schweizerischen Zuwanderungspoli-

tik durch eine umfassende Regulierung. Die Schweiz soll die Zuwanderung wieder selbst steuern können.

Die am 2. November 2012 eingereichte Initiative der Vereinigung Ecopop richtet sich gegen die aktuelle Zuwanderungspolitik der Schweiz. Um die Umwelt zu schonen, soll die Bevölkerung pro Jahr noch maximal um 0,2 Prozent wachsen dürfen. Die Initiative verlangt, dass alle internationalen Verträge, die diesem Ziel widersprechen, innert vier Jahren neu auszuhandeln oder zu kündigen sind.

Weiter muss, da Kroatien seit dem 1. Juli Mitglied der EU geworden ist,

das Freizügigkeitsabkommen mit der EU nun auch auf dieses Neumitglied ausgeweitet werden. Diese Ausweitung wird dem Referendum unterstellt werden.

Bei Annahme der Ecopop-Initiative muss die Schweiz das FZA mit der EU kündigen. Die Masseneinwanderungsinitiative ist mit dem Abkommen ebenfalls nicht vereinbar. Die Schweiz müsste die Zuwanderung wieder kontingentieren. Die EU könnte dann das Abkommen wegen Vertragsverletzung durch die Schweiz kündigen.

Bei Annahme des Referendums gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ist die EU gezwungen, das FZA mit der Schweiz zu kündigen, da sie eine Ungleichbehandlung eines EU-Mitglieds durch einen Drittstaat nicht hinnehmen kann.

## Die Wirtschaft, nicht die Personenfreizügigkeit, lenkt die Zuwanderung

Für die Analyse der Problematik muss man zwischen Ursache und Wirkung unterscheiden. Sowohl die SVP als auch die Ecopop-Initianten gehen implizit davon aus, dass der Grund für die starke Zunahme der Bevölkerung in den letzten Jahren vor allem auf das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zurückzuführen ist.

Ein Blick zurück zeigt aber, dass die Schweiz schon seit über 60 Jahren ein Einwanderungsland ist und ihre Bevölkerung seit 1951 von damals 4,78 Millionen auf heute 8 Millionen Personen stetig gewachsen ist. Bis zum Ölschock 1973 und der darauffolgenden Wirtschaftskrise wuchs die Schweizer Wohnbevölkerung aufgrund des Zuzugs von ausländischen Arbeitskräften in ähnlichem Tempo wie heute. Die Statistiken belegen,



François Baur, Präsident *FDP.Die Liberalen International*.

dass die Zuwanderung jeweils empfindlich auf wirtschaftliche Einbrüche reagierte. Dies war auch in den Krisenjahren 2008 und 2009 der Fall.

Die Analyse der Zuwanderungsbewegung ergibt, dass diese vom Wirtschaftswachstum abhängt und nicht aufgrund des Freizügigkeitsabkommens entstanden ist. Die Wiedereinführung von Kontingenten würde die Zuwanderung nicht stoppen. Würde die Wirtschaft nach zusätzlichen, qualifizierten Arbeitnehmern verlangen, müsste die Regierung die entsprechenden Kontingente zur Verfügung stellen. Würde sie dies nicht tun, würde das Wirtschaftswachstum einbrechen und die Unternehmen ihr Wachstum ins Ausland verlagern. Eine selbstgeschaffene Wirtschaftskrise wäre die Folge.

An einer lahmen Binnenwirtschaft kann aber niemand Interesse haben, auch die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland nicht. Besonders wenn sie wirtschaftlich noch immer mit ihrem Heimatland verbunden sind, oder wenn sie oder ihre Familienangehörigen zurück in die Schweiz kommen wollen, um sich hier wieder eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Dies ist im Rahmen einer prosperierenden Wirtschaft immer einfacher als in einem Land ohne Wirtschaftswachstum.

Auch die Begleiterscheinungen wie Wohnungsknappheit, Transportprobleme und die von den Ecopop-Initianten angeprangerte Übernutzung der Ressourcen sind nicht primär auf die Zuwanderung zurückzuführen, sondern vor allem auf die gesteigerten Ansprüche der ansässigen Bevölkerung. Dies führt auch Hans-Peter Fricker, FDP-Mitglied und Co-Autor einer Stellungnahme des Club Helvétique zu den Einwanderungsinitiativen aus. So ist etwa die Zersiedelung der Schweiz zu 70 Prozent auf die wachsenden Platzansprüche der Schweizer zurückzuführen.

### Die Aufhebung der Personenfreizügigkeit bedroht die Existenz von 400 000 Schweizern in Europa

Wenn man sich die Wirkung auf die fünfte Schweiz anschaut, dann würde die Annahme nur einer dieser Initia-



Die bald fürs Volk kommenden Migrationsvorlagen von links und rechts drohen die gute Position der Schweiz in der Europäischen Union zu gefährden.

tiven oder des Referendums gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien primär die in der EU ansässige Schweizer Bevölkerung – ca. 400 000 der insgesamt 700 000 Schweizerinnen und Schweizer weltweit – treffen. Sie profitiert heute von der Personenfreizügigkeit, indem sie wie EU-Bürger behandelt wird und in der gesamten EU arbeiten und leben kann.

Beim Wegfall des FZA würden Schweizerinnen und Schweizer ohne eine EU-Doppelbürgerschaft vom Arbeitsmarkt ihres Gastlandes ausgeschlossen. Einige müssten sich eine Rückwanderung in die Schweiz überlegen. Sofern überhaupt Stellen zur Verfügung wären, müssten sie in der Schweiz Stellen annehmen, für die sie nicht die richtige Ausbildung hätten. Schweizer Unternehmen würden qualifizierte ausländische Arbeitskräfte verlieren. Nicht die Eignung für einen Arbeitsplatz wäre mehr das Einstellungskriterium, sondern die Nationalität. Ein schlechter Deal sowohl für die Firmen wie für die Angestellten.

Hinzu kommt, dass mit der Kündigung des FZA aufgrund der Guillotine-Klausel auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I hinfällig würden. Es geht um die Abkommen im Land- und Luftverkehr, in der Landwirtschaft, der Forschung und der technischen Handelshemmnisse. Die wirtschaftlichen Folgen für die Schweiz, deren Exporte noch immer zu 60 Prozent in die EU gehen, wären nicht absehbar.

Die oben angeführten Argumente zeigen vor allem eines auf: Die Migrationsinitiativen schränken einerseits die Wirtschaftsfreiheit der Unternehmen massiv ein. Andererseits wird damit massiv in die persönliche Freiheit der Bürger eingegriffen.

Wir verlieren unsere mühsam erungene Freiheit, zu wählen, wo wir leben und uns beruflich und privat entfalten wollen, in Europa oder in der Schweiz. Für einen liberal denkenden Menschen ist dies ein zu hoher Preis.

Weitere Fakten zur Zuwanderungspolitik finden sich unter:  
[www.zuwanderungspolitik.ch](http://www.zuwanderungspolitik.ch)

Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare

# Das «Bauchgefühl» verbessern – Politiker aller Stufen sind gefordert

Bei der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Bis zur vollständigen Gleichberechtigung ist jedoch noch viel zu tun. Der Weg dahin führt jedoch nicht primär über neue Gesetze, sondern über das «Bauchgefühl» der Menschen.

**Silvan D. Amberg,**  
Präsident RADIGAL

Als RADIGAL vor fünf Jahren im Schweizer Freisinn die Aufhebung des Adoptionsverbotes für gleichgeschlechtliche Paare forderte, standen wir damit noch eher allein da im liberalen Lager. Es wurde sogar darüber diskutiert, ob ein solcher Artikel nicht zu einer Welle von Parteiaustritten von älteren Mitgliedern führen könnte. In der Zwischenzeit hat sich die Debatte entspannt. National- und Ständerat haben die Aufhebung des Adoptionsverbotes für Stiefkinder beschlossen und damit einen wichtigen Schritt zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern gelegt.

Die Möglichkeit der Stiefkindadoption ist deshalb so wichtig, weil sie die Basis dafür schafft, dass solche sogenannten Regenbogenfamilien auch offiziell als Familien anerkannt werden.

## Das Bauchgefühl ansprechen

Der nächste Schritt dürfte wohl sein, dass Regenbogenfamilien auch in Schulen thematisiert und als gleichwertige Lebensformen aufgezeigt werden. Mit homosexueller «Propaganda» hat dies nichts zu tun, wie von christlich-radikalen Kreisen stets behauptet.

Es geht darum, die Kinder mit anderen Lebensformen in Kontakt zu bringen. Denn letztlich stellt man auch in der politischen Debatte immer wieder fest: Viele Politiker entscheiden stark nach ihrem Bauchgefühl und benutzen Fakten vornehmlich, um dieses Bauchgefühl argumentativ zu stützen.

Fakten wurden genug geschaffen – es gibt unzählige Studien, die belegen, dass Kinder mit gleichgeschlecht-

lichen Eltern nicht weniger glücklich sind und sich nicht weniger gut entwickeln. Auch ist der Hinweis auf die

Notwendigkeit von heterosexuellen Eltern für Kinder scheinheilig, denn die ganzen Scheidungskinder und Eltern-Kinder (heute eine Realität) haben ja auch keine gesicherte Mann-Frau-Identifikation. Nun gilt es, das Bauchgefühl anzusprechen.

In dieser Aufgabe sind auch freisinnige Politiker gefordert.

## Keine neuen Gesetze nötig

Das Bauchgefühl beeinflusst man nicht über neue Gesetze wie Antidiskriminierungs- oder gar Gleichstellungsgesetze. Solche Formen des Social Engineerings sind aus liberaler Sicht abzulehnen.

Was wir hingegen von freisinnigen Politikern aller Stufen erwarten, ist, dass sie ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und ebenfalls einen Beitrag leisten, um die Akzeptanz von Regenbogenfamilien und allgemein von Schwulen und Lesben zu verbessern.

Ein grosses zeitliches Engagement ist dazu nicht nötig. Es genügt, sich ein bisschen mit den Anliegen auseinanderzusetzen (RADIGAL wird hierzu ein detailliertes Positionspapier erarbeiten), sich gelegentlich positiv zu entsprechenden Themen zu äussern oder diskriminierende Bemerkungen von Ratskollegen scharf zu verurteilen. Oder warum nicht mal an einem Samstagnachmittag als Besucher an einer Pride oder einem ähnlichen Anlass teilnehmen und so seine Solidarität zeigen. Und am einfachsten und effizientesten natürlich noch heute auf [www.radigal.ch](http://www.radigal.ch) unser Sympathisant werden.



Eine glückliche Familie – die Akzeptanz von Regenbogenfamilien muss gestärkt werden.

FOTO: DACHVERBAND REGENBOGENFAMILIEN

## Frauenquote bei RADIGAL erhöhen!

FDP.RADIGAL ist die Fachgruppe der FDP, welche sich gegen innen wie gegen aussen für die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (kurz: LGBTI) einsetzt.

Leider ist der Vorstand unserer Fachgruppe seit längerem ausschliesslich durch Männer besetzt. Dem wollen wir Abhilfe schaffen und suchen keine Quotenfrau, sondern ein bis zwei motivierte lesbische oder bisexuelle Damen, die

sich gerne bei uns einbringen möchten. Idealerweise bist du bei der FDP/Jungfreisinnigen und/oder LOS/Wybernet aktiv und möchtest eine weibliche Sicht in unsere Fachgruppe einbringen.

Fühlst du dich angesprochen? Dann melde dich unverbindlich beim Präsidenten Silvan Amberg, [amberg@radigal.ch](mailto:amberg@radigal.ch), besuche unsere Website [www.radigal.ch](http://www.radigal.ch). Auch neue Vereinsmitglieder sind jederzeit herzlich willkommen.

Albert Vitali

# Grosse Vorfreude aufs Eidgenössische Schwing- und Älplerfest

Mit Jodeln, Schwingen und Kaninchenzucht geht Nationalrat Albert Vitali nicht den gängigsten Hobbys nach. Der Schweizer Freisinn sprach mit dem Luzerner darüber, wie man zu solchen Hobbys kommt und was für ihn den speziellen Geist des kommenden Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests ausmacht.

*Sie sind jetzt seit eineinhalb Jahren Nationalrat, wie erleben Sie diese Tätigkeit?*

Ich habe mich gut eingelebt und wurde von der Fraktion gut aufgenommen. Ich weiss jetzt, wie die Abläufe im Parlament sind, und konnte mich nun auch schon einige Male einbringen. Ich fühle mich wohl hier in Bern.

*Unter Ihren Hobbys sind Schwingen und Jodeln zu finden, zwei in der Schweiz sehr traditionelle Freizeitbeschäftigungen. Wie sind Sie dazu gekommen?*

Nun, ich bin als kleiner Junge zum Schwingsport gekommen. Meine Faszination für den Sport verdanke ich einem Nachbar, der ein sehr guter Schwinger war. Ich war dann auch selber aktiv und habe Kränze geholt. Zum Jodeln bin ich durch meinen Vater gekommen. Weil ich mit 26 Jahren jung in den Gemeinderat gewählt wurde, habe ich das Schwingen aufgegeben, weil es mit dem Amt zeitlich nicht mehr vereinbar war. Aber das Jodeln, den Gesang, den pflege ich heute noch.

*Stehen denn in nächster Zeit auch Auftritte mit dem Jodlerchörli Heimelig Oberkirch an?*

Albert Vitali ist 58-jährig, verheiratet und Vater von drei erwachsenen Söhnen. Seit eineinhalb Jahren vertritt er die Interessen Luzerns im Nationalrat. Er lebt in Oberkirch in Luzern und geht mit Schwingen, Jodeln und Kaninchenzucht aussergewöhnlichen und traditionell schweizerischen Hobbys nach.



Trotz Politik und Beruf findet Albert Vitali die Zeit, aktiv mit dem Jodlerchörli Heimelig aufzutreten – das nächste Mal am 23. September, am Tag der Trachten im Parlament.

Nun, vom 21. bis 23. Juni war das Zentralschweizerische Jodlerfest in Reiden. Dort trat ich mit dem Chor, bei dem ich aktiv dabei bin, auch auf. Zudem hatte ich auch mit einem Terzett zu dritt einen Auftritt. Als neuer Präsident der IG Volkskultur Schweiz freue ich mich auf den Tag der Trachten vom 23. September 2013 im Parlament. Auch da wird das Jodlerchörli Heimelig am Abend auftreten.

*Das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest (30. 8. bis 1. 9. 2013) steht vor der Türe. Wird man Sie dort auch antreffen?*

Ich war ja sehr aktiv im eidgenössischen Schwingerverband und bin heute Ehrenmitglied und daher als Ehren-

gast eingeladen. Und ich freue mich natürlich sehr auf diese Tage in Burgdorf und bin überzeugt, dass es ein gutes Schwingfest geben wird.

*Was macht für Sie die spezielle Atmosphäre der Eidgenössischen Schwingfeste aus?*

Ein Blick auf vergangene Schwingfeste zeigt, dass dort die Menschen hingehen, die Fröhlichkeit, Bodenhaftigkeit und das Brauchtum pflegen wollen. Man sieht kein grosses Polizeiaufgebot. Die Leute, die dort hingehen, wissen, was Brauch und Recht ist.

*Konnten Sie denn Ihr Interesse am Schwingen und Jodeln an Ihre Söhne weitergeben?*

Alle drei Söhne haben mal an Buebeschwingen geschwingen. Leider konnten sie sich nicht festlegen, das weiterzuführen, aber dieser Entscheid liegt selbstverständlich bei ihnen. Vor allem der Älteste ist aber nach wie vor sehr interessiert und verfolgt sowohl den Sport als auch den Jodelgesang mit. Meine Söhne schätzen das Brauchtum allgemein, aber zum jetzigen Zeitpunkt, an dem sie noch in der Weiterbildung sind, sind sie nicht aktiv dabei.

*Ihr wohl aber aussergewöhnlichstes Hobby ist die Kaninchenzucht. Sind Sie auch durch die Familie dazu gekommen?*

Ja, auch das ist ein Hobby, das mein Vater einmal gepflegt hat. Durch seinen frühen Tod habe ich mich entschieden, dieses weiterzupflegen. Eine Beziehung zu Tieren zu haben und zu sehen, wie unsere Kinder auch mit diesen Tieren aufgewachsen sind, ist etwas Spezielles. Ich betreibe Kaninchenzucht nicht intensiv, aber es ist ein schöner Ausgleich zum Arbeits- und Parlamentsalltag.

*Abschliessend noch eine Frage zum Thema: Ferien. Haben Sie Ferienpläne? Wenn ja, bleiben Sie in der Schweiz oder planen Sie, weiter weg zu verreisen?*

Wenn das Wetter in den Sommerferien so schön ist wie heute, verbringen wir die Ferien Ende Juli in der Schweiz. Wir hielten es bis anhin so, dass wir im Herbst weiter weg reisen. In der Schweiz gibt es aber so viele schöne Orte, dass ich der Meinung bin, dass man auch hier viel Interessantes und Schönes erleben kann.

KMU-Preis 2013 – Start-Ups

## Wir gratulieren den acht Preisträgern!

Der diesjährige KMU-Preis der FDP zeichnet Start-Ups aus, die sich durch besonders innovative Ideen auf dem Markt zu etablieren versuchen. Die FDP schätzt die unternehmerische Aktivität von jungen Pionieren und setzt sich für die Förderung und Unterstützung von KMU ein. In diesem Sinne gratuliert die Partei den diesjährigen Preisträgern herzlich und wünscht, dass Leistungswille, Kreativität und Engagement auch in den kommenden Jahren zum Erfolg führen!

### Apoveda Engineering GmbH, Thurgau

Wir sind ein 2012 gegründetes, innovatives Start-Up aus dem Hochschul-umfeld in Zürich. Unsere Kompetenzen liegen in der Entwicklung von Hard- und Software, insbesondere auch Mobile- und Webapplications. Sie haben eine Geschäftsidee, welche ein elektronisches Produkt oder eine App benötigt? Wir haben das Know-how zur Realisierung!

Der Kerngedanke von Apoveda besteht darin, dass talentierte und motivierte Studenten in ihren Spezialgebieten bereits mit ausgebildeten Ingenieuren mithalten können. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, dieses brachliegende Potenzial zu nutzen.

Wir bieten den Studenten auf diese



Weise einen sehr flexiblen und attraktiven Job, andererseits profitieren unsere Kunden von guten Konditionen und dem jugendlichen Geist des Apoveda-Teams. Die unvoreingenommene Grundhaltung und das proaktive Mitdenken zum Erreichen der Ziele sind dabei zwei wichtige Faktoren.

#### Schwerpunkte

**Hardware Engineering:** Elektronikentwicklung – vom ersten Schaltungsentwurf über ein Funktionsmuster bis zur Serienreife und Produktion.

**Software Engineering:** Klassisches Entwickeln von Server- aber auch Desktop-Applikationen.

**Mobile Engineering:** Wir programmieren nativ auf Android und iOS und haben uns auf Business- und Industrial-Apps spezialisiert.

**Web Engineering:** Wir entwickeln einfache statische Webseiten, aber auch komplexe Internetauftritte und Webportale.

### DAHU Sports Company Ltd, Fribourg

DAHU Sports Company Ltd est créé en Août 2011 par Nicolas Frey, avec comme objectif premier de développer et de commercialiser une chaussure de ski innovante, qui pour la première fois s'adapte à l'utilisateur et non l'inverse, en alliant confort, légèreté et mode.

DAHU espère ainsi révolutionner un marché vieillissant et manquant cruellement de nouveautés en satisfaisant un besoin élémentaire, celui d'envisager une journée de sports d'hiver avec aux pieds une seule et unique paire de chaussures pour

conduire, marcher confortablement, faire une randonnée ou guider efficacement ses skis.

Hors des pistes, la chaussure DAHU, pourvue d'une membrane waterproof et respirante, garantit chaleur et confort optimum à redonner le goût du ski à tous ceux qui avaient arrêté. Avec une grande liberté au niveau des couleurs et des imprimés, elle devient également un véritable accessoire de mode capable de suivre les tendances urbaines et de la glisse.

En mode ski, la chaussure s'intègre à un exosquelette qui en assure la rigi-



dité et permet d'obtenir les mêmes performances qu'une botte de ski traditionnelle mais sans les inconvénients que sont le poids, l'inconfort, le maniement malaisé des fermoirs et la démarche contrainte et incertaine.

Actuellement en production, la DAHU sera disponible à l'achat dans les principales villes et stations de ski de l'arc Alpin dès Novembre 2013 pour une première saison de ski sans maux de pieds.

Fortsetzung KMU-Preis auf Seite 9

## microsTECH AG – The Life Science Company, Solothurn

**microsTECH**  
WHERE SCIENCE BECOMES REALITY

Das Start-Up-Unternehmen bietet eine grosse Palette an mikrobiologischen, molekularbiologischen und chemischen Analysen in den Bereichen Agro, Lebensmittel, Wasser, Kosmetik, Pharma, Umwelt, Hygiene und einer Vielzahl anderer Industrien an. microsTECH forscht und entwickelt stetig neue Technologien im Bereich Life Science, sei es im Auftrag oder in Eigeninitiative. Dank ihrer Unabhängigkeit und der umfassenden Leistungspalette kann sich die microsTECH AG als «one-stop-shop» für seine Kunden positionieren; eine Dienstleistung, die so in der Schweiz einzigartig ist. Zum Kundenstamm gehören bereits global tätige und weltbekannte Unternehmen.

microsTECH setzt ihr Wissen in innovativen und überzeugenden Pro-

dukten um. Bereits konnte ein erstes Produkt im Bereich Veterinärwesen entwickelt werden, welches in Kürze auf den Markt gebracht und den Begriff Service für den Kunden neu definieren wird.

Schliesslich ist microsTECH als Forschungspartner Teil eines EU-Projekts zur Entwicklung einer Technologie, um Öl biologisch schnell und unbedenklich abbauen zu können. Mit

solchen Technologien soll künftig ein «Deep Water Horizon» schnell und effizient unter Kontrolle gebracht werden, damit weder Umwelt, Mensch noch Tier Schaden nehmen müssen.

microsTECH setzt sich für die Life Science Community ein und gibt ihr Wissen in Schulungen und internationalen Konferenzen sowie in Form von fachspezifischen Publikationen weiter. Als Initiantin und Gastgeberin der

«Swiss International Conference on Industrial Microbiology – MICROSCON» lockt die microsTECH AG jeweils alle zwei Jahre führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus über 40 Nationen in die Schweiz. microsTECH vermarktet innovative Produkte im Bereich Life Science. microsTECH steht für Compliance und bietet juristische Beratung an.

## RedElec Technologie – Une start-up valaisanne innovante dans le domaine du clean-tech, Valais

RedElec Technologie SA est une société spécialisée dans le domaine de l'électrochimie, une technologie clean-tech par excellence qui présente aujourd'hui un intérêt important dans des domaines variés tels que la transformation de produits chimiques ou naturels, le traitement des eaux et le stockage de l'énergie.

RedElec développe et commercialise une technologie électrochimique novatrice permettant d'effectuer des transformations redox au meilleur coût économique et environnemental directement sur le site de production.

Les applications de la technologie sont notamment:

1) Traitement des eaux industrielles : Elimination des micropolluants par électro-fenton ; elimina-

tion/Récupération d'ions métalliques (cuivre, zinc, nickel, or, ...)

2) Réduction électrochimique de suspension de colorant pour la préparation de bain de teinture (industrie du

textile et en particulier pour l'industrie du jeans).

3) Electrosynthèses organiques.

Parallèlement à ces axes de développement, l'entreprise travaille sur

mandat pour des entreprises de l'industrie chimique, pharmaceutique, agrochimique et biotechnologique qui désirent étudier l'alternative électrochimique pour des étapes de production problématiques, ainsi que pour ouvrir de nouvelles voies de synthèses plus économiques et écologiques. Elle effectue l'optimisation du procédé au niveau du laboratoire et accompagne le développement jusqu'au niveau industriel. Elle propose également l'ingénierie et la construction de réacteurs électrochimiques de capacité industrielle.



Fortsetzung KMU-Preis auf Seite 10

## ShoeSize.Me GmbH, St. Gallen

«Shopping for shoes online? We'll tell you which size to order!» ShoeSize.Me bietet einen einfachen und schnellen Online-Service zum virtuellen Anprobieren von Schuhen und trifft damit das Kernproblem des Online-Handels: Hohe Rückabwicklungskosten auf Grund hoher Retouren-Quoten. Insbesondere im Schuhbereich belaufen sich die Rücksendungen auf bis zu 50 Prozent aller verkauften Schuhe. Mehr als die Hälfte der retournierten Schuhe werden zurückgeschickt, da diese schlicht nicht passen. Grund dafür ist die Problematik der nicht normierten Schuhgrössendefinition.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, entwickelt das Start-Up ShoeSize.Me eine innovative Dienstleistung, die Kunden bereits vor dem Schuhkauf im Internet eine valide Empfehlung liefert, in welcher Grösse der Schuh bestellt werden sollte.



Als Plug-in auf der jeweiligen Online-Shop-Seite integriert, gibt ShoeSize.Me dem Kunden mit einem Klick die jeweilige Grössenempfehlung zum betrachteten Schuh ab und ermöglicht somit ein nahtloses Shopping-Erlebnis. Um ShoeSize.Me nutzen zu können, legen Online-Shopper auf [www.shoesize.me](http://www.shoesize.me) in wenigen Schritten ein persönliches Profil mit geometrischen

Fussmassen an. Dazu können sie entweder unter einfacher Anweisung die Füsse direkt zu Hause vermessen oder Schuhe benennen, die sie bereits besitzen. Die Grössenempfehlung erfolgt dann durch das Vergleichen des jeweiligen Fussprofils mit den Innenraummassen des ausgewählten Schuhs, die mittels «3D-In-Shoe-Scanning»-Technologie sowie statistischer Aus-

wertung von Passform-Feedbacks ermittelt werden.

ShoeSize.Me wurde im November 2012 gegründet und wird, neben einer Auszeichnung der ESADE Business School, Barcelona, vom St. Galler Förderungsprojekt «STARTFELD» gefördert und unterstützt.

## forensity ag, Luzern – Mit Schuhspuren die Aufklärungsquote erhöhen

Oft sind Schuhspuren ein entscheidendes Indiz, um verschiedene Kriminalfälle miteinander in Verbindung zu bringen. Ein effizientes System zum Abgleich der gesicherten Sohlenabdrücke bildet die Voraussetzung, um Serien möglichst lückenlos und schnell über die ganze Schweiz aufzudecken.

Die Täterschaft arbeitet immer stärker kantonsübergreifend. Kriminaltouristen sind zudem nur kurze Zeit aktiv. Rasches Handeln ist daher wichtig. Um heute Schuhspuren zu vergleichen, treffen sich Polizisten oder tauschen Bilder per E-Mail aus. forensity macht es dem Kriminalbeamten möglich, gesicherte Sohlenabdrücke aus mehreren Kantonen gleichzeitig miteinander zu vergleichen. So lassen sich mehr Fälle erst noch schneller miteinander vergleichen. Zusätzlich erkannte Fallzusammenhänge und eine er-



höhte Aufklärungsrate sind das Resultat. Durch die automatisierten Abläufe werden die Spezialisten entlastet, die aufgrund des Spardrucks bei stagnierenden Ressourcen wachsenden Ansprüchen genügen müssen.

Unterstützt wird dieser einfache Informationsaustausch mit einer neu-

en Technologie. Diese ordnet Schuhspurenbilder vom Tatort automatisiert einem Schuhmodell zu. So wird aus einem schlecht erkennbaren Teilabdruck eine standardisierte Information, welche einfach über die kantonalen Netzwerke abgefragt werden kann. Der Gründer und CEO der forensity

ag, Thomas Stadelmann, arbeitete nach seinem Forensikstudium an der Uni Lausanne vier Jahre als Kriminaltechniker und kennt das Problem darum aus eigener Erfahrung.

**Fortsetzung KMU-Preis auf Seite 11**

# Swiss Blue Energy AG, Aargau

Die Swiss Blue Energy AG arbeitet an der Markteinführung einer neuen Dimension der absolut emissionsfreien Energieerzeugung. Diese bisher allgemein nicht bekannte Art der magnetokalorischen Energiegewinnung ermöglicht eine rund um die Uhr saubere Energieproduktion, frei von äusseren Einflüssen. Als Treibstoff benötigen wir lediglich Warmwasser zwischen 30° und 90° Celsius sowie um 20° C kühleres Wasser. Diesen Treibstoff bezeichnet man auch als Abwärme oder Niedertemperaturenergie. Die ansonsten nicht zur direkten Energieerzeugung nutzbare Abwärme stellt eine der grössten und niemals



endenden Energiequellen dar. Sie ist permanent erhältlich und ist ein guter Energiespeicher. Auch industrielle Abwärme und Abwärme von Kraft-

werken sind nutzbar, diese stehen in sehr grossen Mengen zur Verfügung. Ein weiterer wichtiger Lieferant für die Swiss-Blue-Energy-Kraftstationen

ist die stets vorhandene Erdwärme aus geringen Tiefen, ohne tief bohren zu müssen. Auch die gut speicherbare Solarthermie (Warmwasser 60° C) ist ein ideales Antriebsmittel. Das bereits genutzte Warmwasser kann mehrmals kaskadenartig zur Stromerzeugung wiederverwendet werden. Swiss-Blue-Energy-Kraftstationen werden in mobilen Containern ausgeliefert und sind somit optimal zur dezentralen Energieerzeugung nutzbar. Kein Lärm, kein Schmutz und auch keine Veränderung von Landschaftsbildern. Erste ca. 0,5 Megawatt produzierende Container werden Ende 2015 ausgeliefert. Swiss Blue – just green!

Aus dem Generalsekretariat

## Erfolgreiche Lernende – herzliche Gratulation

Ende Juni schlossen die beiden Lehrtöchter der *FDP.Die Liberalen Schweiz* ihre Ausbildung im Generalsekretariat in Bern erfolgreich ab. Wir gratulieren Stephanie Leuenberger und Ariana Strähl herzlich zu ihrem Abschluss.

Am 1. August 2011 begann Stephanie Leuenberger im Generalsekretariat in Bern ihre Ausbildung zur Büroassistentin mit eidg. Berufsattest (EBA). Nach zwei intensiven, spannenden und erlebnisreichen Jahren schloss sie ihre Ausbildung ab.

Ariana Strähl kam erst vor einem Jahr zur *FDP.Die Liberalen Schweiz*, um hier das letzte Jahr ihrer Ausbildung zur Kauffrau E-Profil abzuschliessen. Die ersten zwei Jahre ihrer Lehre absolvierte sie bei der *FDP.Die Liberalen Solothurn*.

Im Namen der ganzen FDP gratuliert das Generalsekretariat seinen beiden Lehrtöchtern zur bestandenen Abschlussprüfung. Wir danken Ariana und Stephanie für ihren grossen, unermüdlichen Einsatz für die FDP und wünschen ihnen für ihre berufliche und private Zukunft alles Gute.

Seit dem 1. August 2013 befindet sich Yasemin Eryigit neu in der Ausbildung zur Büroassistentin EBA. Wir



Stephanie Leuenberger,  
Büroassistentin EBA



Ariana Strähl,  
Kauffrau E-Profil



Yasemin Eryigit,  
Lehrtöchter Büroassistentin EBA

wünschen Yasemin eine tolle und interessante Ausbildung und freuen

uns auf ihre Mitarbeit im Generalsekretariat.

Einheitskasse

# Milliardenteures Experiment gefährdet die Qualität im Gesundheitswesen

Die Initianten der Einheitskasseninitiative behaupten, die Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens würde die Gesundheitskosten und damit die Prämien senken. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Einheitskasse würde unser Gesundheitswesen verteuern, dessen Qualität verschlechtern und zu einer Zweiklassenmedizin führen. Der radikale Wechsel hin zur Staatsmedizin ist abzulehnen.

**Karin Keller-Sutter,**  
Ständerätin SG, Mitglied  
des Co-Präsidiums alliance santé

Die Einführung eines Staatsmonopols im Gesundheitswesen hätte starke negative Auswirkungen auf die Qualität der Schweizer Gesundheitsversorgung wie auch auf unsere Volkswirtschaft.

Da die Krankenversicherer in gegenseitiger Konkurrenz stehen, sind sie gezwungen, all dies möglichst effizient zu erledigen. So sind die Verwaltungskosten der Krankenversicherer mit durchschnittlich rund 5,4 Prozent viel tiefer als jene von staatlichen Versicherungen wie der Suva, AHV, IV oder ALV. Eine Einheitskasse wür-

polistisches System würde Milliardenkosten verursachen. Die Infrastruktur der heutigen Krankenversicherer würde nicht mehr benötigt, stattdessen wäre auf Staatsseite eine ähnliche Infrastruktur neu aufzubauen. Während Jahren müssten beide Systeme parallel laufen, um einen funktionierenden Übergang zu ge-

mehr bietet. Dies ist sicherlich nicht im Sinn der kostenbewussten Bürgerinnen und Bürger!

## Die Initiative muss ohne Gegenvorschlag vors Volk

Das Signal ist klar: Die Initiative muss rasch und ohne Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Das Parlament hat in beiden Räten fünf gleichlautende Motionen überwiesen, die eine rasche Abstimmung über die Initiative ohne Gegenvorschlag fordern. In der Vernehmlassung haben sich zudem neben der Mehrheit der Parteien und Kantone auch Patienten- und Leistungserbringergorganisationen negativ zum Gegenvorschlag geäußert.

Nur mit einem schnellen Vorgehen haben wir rasch Klarheit und können wirkliche Verbesserungen im Gesundheitswesen – wie die Verfeinerung des Risikoausgleiches – schnell an die Hand nehmen.



Die Krankenkassen verfügen heute über Anreize, Versicherungsmodelle anzubieten, die den Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden entsprechen.

Tun sie dies nicht, gehen die Versicherten zur Konkurrenz. Die Kassen sind dadurch gezwungen, die Qualität von Service und Angebot laufend zu verbessern und die eigenen Kosten tief zu halten. Zudem kontrollieren die Krankenkassen jährlich um die 100 Millionen Rechnungen von Spitälern, Ärzten, Apotheken und sparen dem Gesundheitswesen so jährlich ungefähr zwei Milliarden Franken.

de die Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern machen, die dem Staatsmonopol alternativlos ausgeliefert wären.

Die Spitze der Einheitskasse wäre zudem nach den Vorstellungen der SP mit Vertretern der Leistungserbringer besetzt. Es ist offensichtlich, dass diese sich nicht mit der gleichen Konsequenz für günstige Tarife engagieren könnten.

## Ein Kuhhandel mit Milliardenkosten

Nur schon der Systemwechsel vom heutigen freiheitlichen zum mono-

währleisten. Sowohl für Leistungserbringer wie auch für die Versicherten entstünde ein qualitätsgefährdender Wirrwarr.

Die Enteignungs- und Umstellungskosten in Milliardenhöhe müssten zudem mit höheren Prämien und Steuergeldern berappt werden. Wozu dieser Aufwand? Um jährlich ca. 77 Millionen Franken Werbekosten einzusparen, was 0,3 Prozent der gesamten Aufwendungen der Krankenversicherer entspricht? Die Einheitskasse würde zu einem Zwangsmonopol führen, das keinen Anreiz für tiefe Prämien



In der alliance santé haben sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Exponenten aus dem Gesundheitswesen und der Schweizer Wirtschaft zusammengeschlossen. Sie richten sich gemeinsam gegen die Einheitskassen-Initiative der SP und den bündersrätlichen Gegenvorschlag.

Internet: [www.alliance-sante.ch](http://www.alliance-sante.ch)

Twitter: @alliance\_sante

Google+: <http://bit.ly/12SzkQz>

Besuch in China

# «Ein Meilenstein, der mich stolz macht»

Bericht von Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

## Liebe Freisinnige, Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen

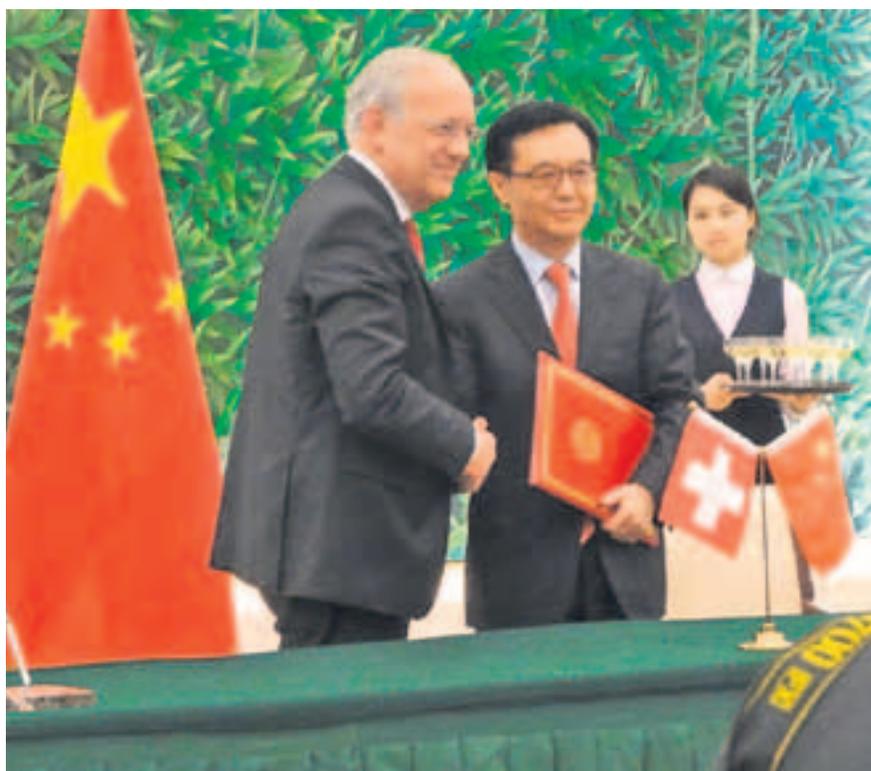
Wie schnell doch alles wieder normal scheint. Dabei liegt das Ereignis nicht einmal sechs Wochen zurück. Die Rede ist vom 6. Juli dieses Jahres, als ich die Ehre hatte, für unser Land das Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China zu unterzeichnen.

Es war, ich kann es nicht anders sagen, ein Moment, der mich mit Freude und Stolz erfüllte, als mein chinesischer Amtskollege, Handelsminister Gao Hucheng, und ich die Unterschriften unter ein Vertragswerk setzten, das über 1100 Seiten dick und fast zehn Kilogramm schwer ist.

### Mehr als nur ein Freihandelsabkommen

Aber es geht natürlich nicht um diese Zahlen. Das Freihandelsabkommen ist ein Meilenstein. Es schafft in erster Linie einen vorhersehbaren, im Völkerrecht verankerten Rahmen für den wirtschaftlichen Austausch zwischen unseren beiden Ländern. Es verbessert den gegenseitigen Marktzugang für Güter und Dienstleistungen, erhöht die Rechtssicherheit im Bereich des geistigen Eigentums und für den bilateralen wirtschaftlichen Austausch ganz allgemein.

Das Freihandelsabkommen ist aber mehr. Dank ihm werden sich die gesamten bilateralen Beziehungen zu einem der wichtigsten Länder dieser Welt entscheidend und nachhaltig verändern, vor allem werden sie sich intensivieren. Denn das Freihandelsabkommen steht nicht allein. Gleichzeitig haben wir auch ein Abkommen zu Arbeit und Beschäftigung unter-



Ein fester Händedruck zwischen Johann Schneider-Ammann und Handelsminister Gao Hucheng besiegelt das Freihandelsabkommen und die damit verbundenen weiteren Vereinbarungen zwischen der Schweiz und China.



Intensive Gespräche zwischen Bundesrat Johann Schneider-Ammann (links) und dem chinesischen Premier Li Keqiang brachten das Freihandelsabkommen zu Stande.

zeichnet, das die soziale Dimension der Nachhaltigkeit stärkt. Wir haben auch beschlossen, den Dialog über Menschenrechte weiterzuführen, den wir 2007 begonnen haben. Und schon einige Monate früher wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Lehre und Forschung vereinbart. Gerade in diesem Feld hat unser Land einiges anzubieten, das über das rein Wirtschaftliche hinausgeht, das die gesamten Lebensbedingungen in China positiv beeinflussen kann.

### Die Schweiz übernimmt Verantwortung

So wird mit dem Freihandelsabkommen eine Geschichte weitergeschrieben, die damit begonnen hat, dass die Schweiz Anfang der Fünfzigerjahre als eines der ersten Länder die Volksrepublik China anerkannt und mit ihr diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Die Schweiz gehörte auch zu den ersten Ländern, die China den Status einer Marktwirtschaft zuerkannt haben. Es war schliesslich mit Schindler eine Schweizer Firma, die zu den ersten drei Unternehmen gehörte, welche ein Joint Venture mit China eingegangen sind. Damit hat unser Land Zeichen gesetzt, die weit mehr sind als diplomatische Normalität.

Mit dem Freihandelsabkommen hat die Schweiz schliesslich eine ihrer traditionellen Qualitäten bestätigt, nämlich ein offenes Land zu sein, das bereit ist, in der Welt Verantwortung zu übernehmen. Darauf bin ich besonders stolz.

Ihr Bundesrat  
Johann Schneider-Ammann

Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre»

# Ohne Privatsphäre keine Freiheit

Seit dem 4. Juni setzen sich Vertreter verschiedener Parteien auf der Strasse dafür ein, dass Herr und Frau Schweizer auch weiterhin eine Privatsphäre besitzen, die den Namen verdient. Auch FDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier engagieren sich an vorderster Front im überparteilichen Komitee für die Sicherung unserer privaten Daten ein.



Fulvio Pelli und Gabi Huber setzen sich an vorderster Front für den Schutz der Privatsphäre ein.

«Wer nichts zu verbergen hat, der braucht auch keinen verstärkten Schutz der Privatsphäre» – mit diesem Argument versuchen die Gegner der überparteilichen Initiative darauf anzuspielen, das Ziel der Initianten sei letztlich nur ein Versuch, Steuerbetrüger und Steuerhinterzieher zu schützen.

Wer den Initiativtext jedoch genau liest und sich mit den Inhalten auseinandersetzt, erkennt sofort, dass dieser Vorwurf mehr als nur aus der Luft gegriffen ist. Die Initiative wird vielmehr helfen, genau zu klären, in welchen Fällen der Schutz der Privatsphäre verwirkt ist. Auch wird genau geklärt, welche Vergehen als Steuerbetrug und welche als Steuerhinter-

ziehung gelten. Die Initiative schützt Vergehen in Steuerfragen nicht, sondern bringt vielmehr genaue Spielregeln und sorgt so für mehr Steuerberechtigung.

### Vertrauen erzeugt Ehrlichkeit

Immer mehr Staaten verlangen den automatischen Informationsaustausch und führen damit zu einer Datenflut, welche einerseits nicht überblickbar ist, andererseits aber auch Begehrlichkeiten wecken kann. Gerade in Zeiten, in welchen umfangreiche Bespitzlungsaktionen ganzer Staaten ans Licht kommen, gilt es, das persönliche Gut eines jeden Einzelnen so gut wie nur möglich zu schützen. Vertrauen erzeugt Ehrlichkeit – diesen Grund-

satz scheint die Welt vergessen zu haben. Die Initiative will in der Schweiz retten, was noch zu retten ist.

Berichte über das Überwachungsprogramm der NSA lassen die Befürchtung zu, dass der Fiskus sich mit Steuerdaten nicht zufriedengeben wird und ohne Gegenmassnahmen in wenigen Jahren auch persönliche Daten über Krankheiten, Strafbefehle, Kreditwürdigkeit und so weiter automatisch an die Behörden weitergereicht werden.

Wikileaks wie auch andere Skandale um veröffentlichte Daten zeigen, dass Daten, welche erst einmal im Umlauf sind, schlicht nicht sicher sind. Auch hier wird die Initiative Schutz der Privatsphäre bieten.

### Helfen Sie mit

Der Schutz der Privatsphäre und damit das Hochhalten der Selbstverantwortung ist ein urliberaler Wert. Einmal mehr gilt es, diese Werte zu verteidigen. Ihre Unterschrift für die Initiative zum Schutz der Privatsphäre ist wichtig und ist ein bedeutendes Zeichen gegen linke Bestrebungen, Schweizerinnen und Schweizer zu gläsernen Bürgern zu machen. **Unterschreiben Sie daher noch heute!**

Ignazio Cassis, FDP Nationalrat TI

Felix Gutzwiller, FDP Ständerat ZH

«Die immer grössere Mobilität führt auch zu einer rascheren Verbreitung von übertragbaren Krankheiten.»

**JA**

zum Epidemiegesezt  
am 22. September 2013  
JAzumEPG.ch

## Fraktionsausflug

# Von Uhren, Säulirennen und Grilladen

Am Mittag des 12. Juni drängten sich einmal mehr die Cars vor dem Bundeshaus – die Fraktionsausflüge standen auf dem Programm. Während die Debatte zum US-Steuerdeal unseren Ständeräten einen Strich durch die Rechnung resp. das Programm machte, sassen die restlichen Fraktionsmitglieder pünktlich um 12.30 im Bus. Destination: Saint-Imier!

Beispiellos vereint die Schweizer Uhrenmarke Longines Tradition und Moderne, Savoir-faire und Innovation. Der erste Stopp des diesjährigen Fraktionsausflugs galt denn auch dem Schweizer Traditionsunternehmen. Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Fraktionspräsidentin Gabi Huber, Parteipräsident Philipp Müller und 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten das hauseigene Museum und liessen sich die einzelnen Produktionsschritte erklären.

Bundesrat Schneider-Ammann dankte Longines für den grossen Einsatz in der Schaffung von Arbeitsplätzen und für seine Bedeutung für den Wirtschaftsplatz Schweiz. Im Anschluss an diverse Ansprachen wurden

die Besucher mit einem köstlichen Apéro verwöhnt.

So gestärkt wurden die Cars ein zweites Mal erklimmen, diesmal mit Ziel Römerhof in Bühl. Kaum ausgestiegen, stiessen auch schon die vorübergehend verlorenen Ständeräte dazu – auch ihr langer Tag fand so ein gemütliches Ende. Bevor sich die Teilnehmenden aber dem kulinarischen Genuss widmen konnten, stand Action auf dem Programm. Angefeuert von lautstarken Zurufen und gelockt vom vollen Futtertrog, gaben die Rennsäue beim Säulirennen alles.

Bei gemütlichem Beisammensein und Grilladen bei schönstem Sommerwetter fand der Fraktionsausflug 2013 ein würdiges Ende.



In Saint-Imier werden die Besucher von Longines-CEO Walter von Känel begrüsst.



Bei der Longines-Werksbesichtigung.



Besuch im hauseigenen Museum.



Die Rennsäue wurden lautstark angefeuert.



Begrüssung auf dem Römerhof in Bühl.



Beim Abendessen fand der Tag ein gemütliches Ende.



Nationalrat Ignazio Cassis mit Mitarbeitern des GS.

Vote électronique

# Schweizer Demokratie im digitalen Zeitalter

Jüngst hat der Bundesrat einen umfangreichen Bericht zu Vote électronique verabschiedet und die Weichen für die flächendeckende Einführung der elektronischen Stimmabgabe gestellt. Davon profitieren nicht nur Auslandschweizer Stimmberechtigte, sondern immer mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der Schweiz. Das Tempo bei der Einführung und der Ausdehnung von Vote électronique bestimmen vorab die Kantone.

**Barbara Perriard, Leiterin  
Sektion Politische Rechte  
Bundeskanzlei, ehem. General-  
sekretärin FDP Frauen Schweiz**



Die Sektion Politische Rechte unter Leitung der früheren FDP-Frauen-Generalsekretärin Barbara Perriard zeichnet innerhalb der Bundeskanzlei verantwortlich für Vote électronique.

Mit der Verabschiedung des Berichts zu Vote électronique wurde ein wichtiger Meilenstein in der E-Government-Strategie erreicht. Nach rund sechs Jahren Erfahrung mit der elektronischen Stimmabgabe in 13 Kantonen, galt es, die über 150 Versuche auszuwerten. Der Bundesrat beurteilt diese positiv und stellt deshalb die Weichen für die flächendeckende Ausdehnung in den kommenden Jahren.

## Bewährter dritter Stimmkanal

Bislang wurden vorab Auslandschweizer Stimmberechtigte in die Versuche einbezogen. In verschiedenen Kantonen haben bis zu 60 Prozent der Stimmberechtigten den komplementären Stimmkanal genutzt. Dies belegt, dass Vote

électronique einem Bedürfnis entspricht und auf breite Akzeptanz stösst.

Auch innerhalb der Schweiz soll gemäss den Entscheidungen des Bundesrats künftig den Anliegen einer zuneh-

rend digitalisierten Gesellschaft Rechnung getragen werden und damit langfristig einer Abnahme der Stimmbeteiligung vorgebeugt werden.

## Nicht trivial

Es mag gerade in diesem Kontext altmodisch anmuten, aber das Stimmen und Wählen ist nicht nur ein Recht, sondern geradezu eine Pflicht der Bürgerinnen und Bürger. Es ist ein Akt, der nicht zu simplifizieren oder gar zu trivialisieren ist. Vielmehr ist er gemessen an seiner Tragweite würdig auszugestalten.

Aus diesem Grund ist die elektronische Stimmabgabe bewusst nicht wie eine Umfrage konzipiert, wie man sie auf jedem beliebigen Online-Portal findet, sondern der Prozess führt die Stimmberechtigten über verschiedene Etappen bis zur definitiven Abgabe der Stimme. Vote électronique entbindet den Einzelnen nicht, sich zu informie-

ren und sich eine Meinung zu bilden. Der Vorteil liegt denn auch weniger in einer zeitlichen Ersparnis gegenüber der brieflichen Stimmabgabe, sondern vielmehr im Umstand, dass ungültige Stimmen verhindert werden.

## Sicherheit vor Tempo

Während der Zug dem einen zu schnell fährt, ist er dem anderen zu langsam. Fest steht: Der Bundesrat will auch künftig das bewährte schrittweise Vorgehen beibehalten. Sicherheit vor Tempo. Eine Ausdehnung der Stimmabgabe via Internet kann nur unter Einhaltung hoher Sicherheitsbestimmungen erfolgen.

Im Zentrum steht die Verifizierbarkeit, die es ermöglicht, Fehler und Manipulationen rechtzeitig festzustellen, aber das Stimmgeheimnis zu wahren. Bei Umsetzung der neuen Anforderungen und ihrer Überprüfung durch akkreditierte Stellen können die Kantone das Elektorat ausdehnen. Dafür werden derzeit die rechtlichen Grundlagen vorbereitet.

Im virtuellen Führerstand des Vote-électronique-Zuges stehen die Kantone. Sie organisieren und führen die Urnengänge durch und bestimmen folglich auch das Tempo. Der Fahrplan sieht so aus:

1. Ab 2014 erfolgt die etappenweise Ausdehnung auf die Stimmberechtigten in der Schweiz.
2. Bei den nächsten Nationalratswahlen 2015 soll die grosse Mehrheit der Auslandschweizer Stimmberechtigten per Internet wählen können.
3. Ab 2018 wird es voraussichtlich in einzelnen Kantonen möglich sein, flächendeckend elektronisch abzustimmen und zu wählen.

Aus dem Bummelzug ist damit ein Schnellzug geworden. Einsteigen bitte!



Vote électronique

Bereits 13 Kantone bieten vorab für Auslandschweizer Stimmberechtigte Vote électronique an. UR, OW und VS steigen demnächst ein, GL und VD haben ebenfalls die Weichen gestellt.

Abstimmung vom November: 1:12-Initiative

# Wie die Juso an den Grundpfeilern unseres erfolgreichen Arbeitsmarkts sägt

Der Global Competitiveness Report 2012–2013 bestätigt schwarz auf weiss: Die Schweiz hat den wettbewerbsfähigsten Arbeitsmarkt der Welt! Darauf dürfen wir zu Recht stolz sein, müssen aber in den kommenden Monaten dafür sorgen, dass dies auch so bleibt. Die 1:12-Initiative, über die im November abgestimmt wird, sägt nämlich an den tragenden Pfeilern dieses Erfolgs.

Seit Jahren kennt die Schweiz europaweit tiefste Arbeitslosenzahlen. Ende 2012 lag die Arbeitslosigkeit gemäss OECD bei 4,3 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei 8,4 Prozent. Zum Vergleich: in Italien liegen diese Zahlen bei 10,8 Prozent und 35,3 Prozent, in Frankreich bei 9,9 Prozent und 23,8 Prozent! Was machen diese Länder anders als wir?

Nun, sie haben den Arbeitsmarkt viel stärker reguliert. Machen wir nicht die gleichen Fehler wie unsere Nachbarstaaten. Das Erfolgsrezept heisst liberaler Arbeitsmarkt, nicht Überregulierung! Leider scheint die Juso auf diesem Auge blind zu sein, sie greift mit der 1:12-Initiative die vier Grundpfeiler unseres Erfolgsmodells an.

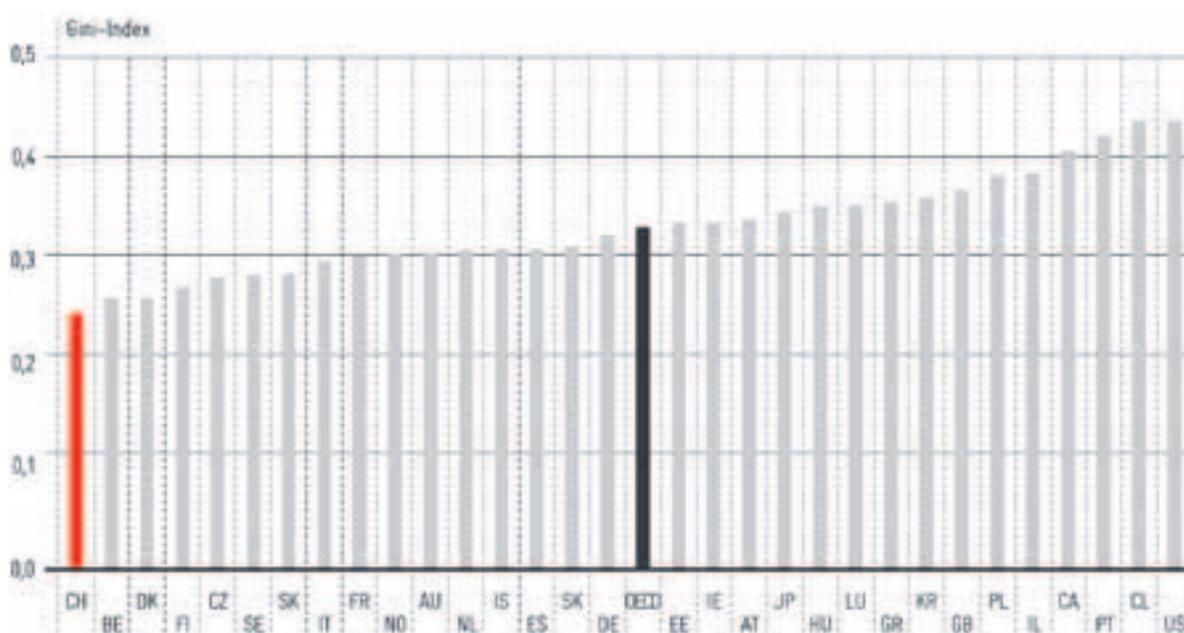
## Konfrontation statt Sozialpartnerschaft?

1937 wurde in der Schweiz mit dem Friedensabkommen in der Metall- und Maschinenindustrie der Grundstein für die Sozialpartnerschaft gelegt. Seither verzichten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer auf Kampfmassnahmen und einigen sich im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen. Der Staat hält sich dabei zurück.

Die 1:12-Initiative greift dieses konsensorientierte Modell direkt an und gefährdet damit den sozialpartnerschaftlichen Frieden. Statt vernünftige Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien würden Konfrontation und Kampfmassnahmen zur Tagesordnung. Ein System, das nicht zur Schweiz passt.

## Starre Lohnvorschriften statt freie Gestaltung der Löhne?

Unser Arbeitsmarkt zeichnet sich dadurch aus, dass die Löhne von den



Von allen OECD-Staaten weist die Schweiz die geringste Lohnschere auf! QUELLE: AVENIR SUISSE (BASIEREND AUF OECD-DATEN, BERECHNUNG AVENIR SUISSE)

Unternehmen individuell mit den Arbeitnehmern verhandelt werden können. Dies ermöglicht Unternehmen die notwendige Flexibilität und erleichtert die Schaffung von neuen Stellen.

Die 1:12-Initiative würde zu starren Lohnvorschriften führen, die sowohl schädlich wie auch überflüssig sind. Gemäss einer OECD-Studie sind die Löhne von Vollzeit-Arbeitnehmenden in der Schweiz nämlich von allen OECD-Staaten am gleichmässigsten verteilt! Die Lohnschere in der Schweiz ist also ausserordentlich klein – dank einem liberalen Arbeitsmarkt.

## Wie finden sich die fähigsten Führungskräfte?

Ein effizienter Arbeitsmarkt setzt voraus, dass die verantwortungreichen Stellen durch die fähigsten Mitarbeiter besetzt werden. Dazu muss einerseits das Auswahlverfahren auf Leistung fus-

sen. Andererseits – das ist die unangenehme Wahrheit – braucht es auch international wettbewerbsfähige Löhne.

Spitzenpositionen sind mit enorm hoher Arbeitsbelastung verbunden, bedeuten den Verzicht auf Privat- und Familienleben. Und auch wenn die Leistung eines Unternehmens sicherlich nicht nur vom CEO abhängt, gibt es dennoch nur wenige Personen, die für solche Positionen geeignet sind. Ohne entsprechende Saläre finden sich schlicht nicht die bestmöglichen Kandidaten. Dieser Wahrheit – auch wenn sie nicht schön sein mag – müssen wir ins Auge schauen.

## Abwanderung von Talenten statt attraktiver Arbeitsmarkt?

Nicht zuletzt schaden die starren Lohnvorschriften der 1:12-Initiative der Attraktivität des Schweizer Arbeitsmarkts. Damit dieser aber zum

Erfolg der Schweizer Wirtschaft beitragen kann, muss er den talentiertesten Arbeitnehmern international vergleichbare Löhne und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Denn wenn diese Talente abwandern, schadet das der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Wir müssen alles daransetzen, dass die besten Köpfe auch künftig in der Schweiz bleiben!

Die wirtschaftsfeindliche 1:12-Initiative sägt an den vier Grundpfeilern des Erfolgs unseres Arbeitsmarkts. Eifern wir nicht der Überregulierungstendenz unserer Nachbarstaaten nach; höhere Arbeitslosigkeit bei tieferem Lohnniveau kann nicht unser Ziel sein! Wer hinter der Schweizer Tradition einer funktionierenden Sozialpartnerschaft steht, muss der 1:12-Initiative, über die im November abgestimmt wird, folglich sehr kritisch gegenüber stehen.

# Von Felsen in der Brandung und Steinen des Anstosses

Andreas Thiel spricht im satirischen Interview über Gott, die Welt und die Hölle.

*Andreas Thiel, in Ihrem aktuellen Programm «Macht – Politsatire 4» gleicht die ganze Welt einem Gefängnis – das Böse dominiert. Ist die Realität tatsächlich so düster?*

Es handelt sich um einen philosophischen, um nicht zu sagen höchst religiösen Standpunkt. Buddhistisch betrachtet sind wir an unseren physischen Körper gebunden und somit in dieser materiellen Welt gefangen wie in einem Traum. Man kann diese Welt also durchaus als Gefängnis sehen, in welchem wir jeweils für die Dauer eines Erdenlebens eingesperrt bleiben. Und da dies hier offensichtlich nicht der Himmel ist, ist es die Hölle.

*Die Hölle?*

Entschuldigen Sie, manchmal vergesse ich die Graustufen – Berufskrankheit eines Satirikers. Dieser Planet ist natürlich nicht die Hölle. Aber wenn wir uns hier umschaun, dann kann die Hölle nicht mehr weit sein.

*Können Sie dies anhand einiger Beispiele unterstreichen?*

Gerne: Krieg, Terror, Folter, Massenvergewaltigungen, Schändungen, Verstümmelungen, Hunger, Seuchen, Verkrüppelungen, Hass, Schmerz, Trennung, Mord, Menschenhandel, Erdbeben, Erbkrankheiten, Gaskammern, Überschwemmungen, Gier, Neid, Stolz, Rache...

*Genug, genug! Gibt es im Gegenzug auch Dinge, die speziell positiv sind, wo sich die Situation stark gebessert hat? Eigentlich müsste doch die Welt nach Bin Ladens Tod erlöst sein...*

Diese Welt hat bisher nur einer erlöst: Jesus. Mit Bin Ladens Tod hat sich gar nichts verbessert. Höchstens die Hölle ist etwas unsicherer geworden.

*Aber es muss doch auch Positives in dieser Welt vorhanden sein?*

Seit Jesus hier war, sind wir erlöst. Die Situation hat sich markant verbessert.

*Erlöst wovon?*

Na, von der ewigen Verdammnis, immer wieder auf diesen Planeten kom-

«Die reichsten Schweizer sind die Verbotsschildermaler, die für die Verwaltung arbeiten.»

men zu müssen. Sie kennen das Wheel of Samsara aus der altindischen Philosophie nicht?

*Nein.*

Sie sollten sich mehr mit Buddhismus beschäftigen als mit Politik. Das

Wheel of Samsara beschreibt den ewigen Kreislauf der Wiedergeburt. Wir kommen hier immer wieder und im-

mer wieder und immer wieder und...

*Warum?*

Weil wir uns im Himmel schlecht bekommen haben. Ich hoffe, das mit dem Engelsturz muss ich Ihnen nicht auch noch erklären...

*Nein, bitte fahren Sie fort: Wir kommen hier immer wieder und immer wieder...*

... und es gibt erst einen Weg zurück in den Himmel, seit uns Jesus erlöst hat.

*Das ist alles?*

Ja, das wusste früher jeder Christ. Oder warum, glauben Sie, haben die frühen Christen trotz Verfolgung an der Gewaltlosigkeit festgehalten? Weil sie wussten: Der Anständige kommt jetzt wieder in den Himmel. Aber mit den Kreuzzügen sind die Christen weit von Gott weg gezogen.

*Gott ist nicht im Heiligen Land?*

Kaum, da ist doch zurzeit der Teufel los.

*Ich muss sagen, es ist sehr lustig, sich mit einem Satiriker über Gott zu unterhalten.*

Sie finden die Wahrheit lustig? Na dann haben wir ja doch noch etwas Positives an dieser Welt gefunden.

*Kommen wir auf den Boden der Realität zurück.*

Der ist mit Steinen des Anstosses gepflastert.

*Womit wir bei Ihrer Kernkompetenz wären, der politischen Satire. Wie kommentieren Sie die Enthüllungen im ganzen Abhörskandal, namentlich die Rolle der USA?*

Das Ganze kommt mir vor, wie wenn uns jemand sagen würde, dass die Tiere im Zoo gar nicht frei sind, und wir dann alle vor dem Zoo demonstrieren und voller Empörung fragen würden, warum uns das vorher noch nie jemand gesagt hat.

*Sollte auch der Schweizer Geheimdienst solch umfangreiche Abhörungen anstellen?*

Man sagt, der Nachrichtendienst sei das Rückgrat einer Regierung. Unser



«Ich schiesse auf Politiker, die mir selber vor die Flinte laufen» – Satiriker Andreas Thiel ist ab Mitte September wieder auf Tournee in der Schweiz.

Bundesrat hat so wenig eigenes Rückgrat, dass eine künstliche Aufrichtung durch einen starken Geheimdienst der Pfählung eines Wurmes gleichkäme.

*Was ist Ihre Meinung zum Steuerdeal mit den USA? Sind Sie zufrieden mit Entscheiden und Vorgehensweisen von Parlament und Bundesrat in der Sommersession?*

In pädagogisch wertvollen Kindertheatern wird den Kindern beigebracht, «nein» zu sagen, wenn ein Fremder etwas Unzüchtiges von ihnen will. Das Kasperlitheater, welches unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufführen, ist dagegen von geringem pädagogischem Wert.

*Wie sind Sie generell zufrieden mit der Schweizer Politik? Was müsste besser werden?*

Die Weltgeschichte hat schon genügend oft bewiesen, dass es nichts bringt, wenn man das Parlament in die Luft sprengt. Aber als Buddhist würde ich gerne Parlamentarierreisen nach Indien veranstalten, wo sich alle, die heute an der Macht sind, aussuchen können, in welchem Slum sie im nächsten Leben wiedergeboren werden möchten.

*Wie ist Ihre Position zum Bankgeheimnis der Schweiz respektive zum automatischen Informationsaustausch? Worauf fusst diese?*

Wenn die Hausverwaltung nicht mehr vom Hauseigentümer, sondern von den Mietern gewählt würde, gäbe sie sofort das Wahlversprechen ab, dem Eigentümer das Haus wegzunehmen, um es besser verwalten zu können. Dass dann die Mieten steigen würden, weil sich jede Verwaltung selbst auf-

**«Die Weltgeschichte hat schon genügend oft bewiesen, dass es nichts bringt, wenn man das Parlament in die Luft sprengt.»**

bläht, würden die Mieter erst merken, nachdem die Verwaltung bereits das ganze Haus kontrollierte.

*Im Moment leben Sie im Ausland und haben – provokativ formuliert – der Schweiz den Rücken gekehrt.*



600 Franken pro Monat lässt sich Andreas Thiel seine Haarpracht kosten. Damit ist ihm die Aufmerksamkeit auf der Strasse gewiss.

*Gibt es Unzufriedenheiten mit der Schweiz, oder überwiegt bei Ihnen einfach das Interesse am «Neuen»?*

**«Das Kasperlitheater, welches unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufführen, ist von geringem pädagogischem Wert.»**

Die reichsten Schweizer sind die Verbotsschildermaler, die für die Verwaltung arbeiten.

*Sind Sie deshalb nach Indien geflüchtet?*

Genau, denn Verbotsschilder in Hindi kann ich nicht lesen.

*Sie sind seit vielen Jahren als Künstler tätig. Wie sind Sie ursprünglich dazu gekommen?*

Da meine Gymilehrer die weise Voraussicht hatten, dass aus mir kein guter Zahnmedizinhistoriker werden würde, warfen sie mich aus der Schule, und ich musste Künstler werden. Das heisst aber nicht, dass jeder schlechte Zahnmedizinhistoriker ein guter

Künstler geworden wäre. Hingegen wäre wohl manch schlechter Künstler ein noch schlechterer Zahnmediziner.

historiker geworden. Sich als vom Staat unabhängiger Künstler in einem völlig übersubventionierten Markt zu bewegen, hat allerdings etwas von einem Biobauern, der erst beweisen muss, dass der Wurm im staatlich überzüchteten Niederstammobst steckt und dass seine kleinen, gefleckten Hochstammpflaumen mehr Geschmack haben.

*Sehen Sie sich in der Rolle als Satiriker auch als «Wächter über Gesellschaft und Politik», der Missstände karikiert?*

Ich bin ein Kieselstein in der Regenrinne, der nachts bei Regen träumt, er sei ein Fels in der Brandung.

*Welche Politiker nehmen Sie am liebsten aufs Korn?*

Da ich zu jenen Satirikern gehöre, die in eine bestimmte Richtung zielen, schiesse ich nur auf solche, die mir selber vor die Flinte laufen.

*In welche Richtung zielen Sie?*  
Ich ziele dorthin, wo Macht ausgeübt wird.

*Sie wurden 2009 mit dem Liberal Award ausgezeichnet. Was ist Ihre Definition von Liberalismus?*

Keiner erhebe sich über den anderen.

*Und wer sorgt für die sozial Schwachen?*

Der Mensch ist selber sozial. Anständige Menschen brauchen keine sozialistische Regierung. Woraus sich ableiten lässt, dass jeder Sozialist immer behaupten muss, die Menschen, die er regiert, seien unanständig.

*Herr Thiel, herzlichen Dank für dieses Interview!*

Andreas Thiel ist seit 1997 als Künstler und Satiriker tätig. Seine Schauspieler-Ausbildung am Desmond Jones School of Mime and Physical Theatre in London schloss er 1995 ab. Mit seinem aktuellen Programm «Macht» ist er ab Mitte September wieder in der Schweiz auf Tournee. Andreas Thiel lebt seit 2011 mit seiner Frau in Indien.

Vortragsabend

# Der Bundesrat erklärt Wirtschaft, Bildung und Forschung

Am 14. August durfte Beat Schlatter, Präsident der FDP Service Public, Bundesrat Johann Schneider-Ammann zu einem Vortragsabend begrüßen. Auf eine spannende Weise wurden die zahlreichen Mitglieder und Gäste durch die Themen Wirtschaftsförderung, Bildungssystem und Forschungsstandort geführt.

Anfang Sommer war die Freude gross, als der Vorstand der FDP Service Public erfahren durfte, dass als Referent für den nächsten Anlass Bundesrat Johann Schneider-Ammann gewonnen werden konnte. Der Anlass am 14. Juni in Bern war dann auch ein voller Erfolg und erfreute sich nicht nur eines hochkarätigen Referenten, sondern auch eines derartig grossen

Interesses, dass der Saal schon fast zu klein dafür war. Auf eine unterhalt-same und anschauliche Weise leitete Johann Schneider-Ammann die Anwesenden durch die komplexe Welt seines Departements Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). Vom dualen Schweizer Bildungssystem über die Situation der Beschäftigung in der Schweiz und im europäischen



Der Vorstand der FDP Service Public freute sich besonders über den Besuch von Johann Schneider-Ammann.

**Schluss mit absurden Sortimentsvorschriften!**



**erlaubt**



**verboten**



Zwischen 1 und 5 Uhr ist es gemäss Gesetz erlaubt, Cervelats, gekochte Eier oder warme Pizza zu verkaufen. Bratwürste, rohe Eier oder eine gefrorene Pizza hingegen sind verboten. Obwohl Angestellte im Laden arbeiten, müssen gewisse Produkte für 4 Stunden weggesperrt werden. Die Revision des Arbeitsgesetzes macht Schluss mit dieser Bürokratie – ohne dass an den Öffnungszeiten oder an den Arbeitsbedingungen etwas ändert. **Helfen auch Sie mit, diesen bürokratischen Unsinn zu stoppen!**

**Am 22. Sept.**  
**ARBEITSGESETZ**  
**JA**

Überparteiliches Komitee JA zum Arbeitsgesetz, Laupenstrasse 2, 3008 Bern • www.arbeitsgesetz-ja.ch

Ausland bis zur nationalen Förderung von Innovation waren die angesprochenen Themen ebenso vielseitig wie hochaktuell. Weiter wies Bundesrat Schneider-Ammann auch auf Zusammenhänge hin, beispielsweise internationaler Art, die vielen bislang gar nicht bewusst waren.

Sehr interessant waren insbesondere auch die bundesrätlichen Ausführungen im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und von internationalen Handelsabkommen. Bundesrat Schneider-Ammann konnte die vielschichtige und teils komplizierte Materie auf eindruckliche und eingängige Weise allen bewusst machen, was zum breiteren Verständnis dieser Thematik sehr viel beitragen konnte. Abschliessend konnten die Anwesenden ihre Fragen vorbringen, welche ausführlich beantwortet wurden.

Die Mitglieder der Service Public wie auch die anwesenden Gäste schätzten es sehr, dass der Bundesrat zum anschliessenden Apéro blieb und sich für persönliche Gespräche und Fragen Zeit nahm.

### Weitere Anlässe

Neben hochstehenden Referaten sind der FDP Service Public auch gesellschaftliche Anlässe und ein ungewohnter Austausch wichtig. Als nächster Anlass ist unser jährlicher Boccia-Abend geplant, welcher schon viele Jahre ein Garant für einen gemütlichen und amüsanten Abend darstellt. Das genaue Datum der Durchführung wird auf unserer Webseite mitgeteilt. Zudem findet am 7. November unsere Generalversammlung statt, an welcher wiederum ein Referent interessante Einblicke gewähren wird, mehr sei an dieser Stelle noch nicht verraten.

Nachdem der «Stamm» über Mittag während der Sommerzeit pausiert, soll dieser nun wieder fortgesetzt werden. Damit soll eine Möglichkeit geboten werden, ausserhalb von offiziellen Anlässen Kontakte zu knüpfen und zu pflegen und zur Willensbildung beizutragen.

Weitere Infos finden Sie auf unserer Webseite [www.fdp-servicepublic.ch](http://www.fdp-servicepublic.ch).

Abstimmung vom 22. September – Teilrevision Arbeitsgesetz

## Bratwürste legalisieren – Schluss mit absurden Sortimentsbeschränkungen

Die heutige arbeitsrechtliche Situation von Tankstellenshops an Autobahnraststätten ist absurd. Obwohl 24 Shops an Hauptverkehrswegen rund um die Uhr geöffnet sein dürfen, müssen sie nachts zwischen 1.00 und 5.00 Uhr gewisse Teile ihres Sortiments absperren. Dieser bürokratische Nonsens führt dazu, dass Sie heute um 1.05 Uhr zwar eine Cervelat, aber keine Bratwurst kaufen können, weil Letztere roh nicht verzehrt werden kann.

Die von Christian Lüscher (FDP, GE) eingereichte Parlamentarische Initiative will das Arbeitsrecht in Bezug auf Tankstellenshops revidieren. Neu soll den 24 betroffenen Tankstellenshops auf Autobahnraststätten und an Hauptverkehrswegen erlaubt werden, rund um die Uhr ihr gesamtes Shopsortiment anzubieten.

Es spricht nämlich nichts dagegen, dass sowieso geöffnete



Schluss mit den absurden Sortimentsbeschränkungen!

Tankstellenshops, an denen sowieso schon Personal beschäftigt ist, auch ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen. Mit dieser Revision soll ein klares Zeichen gegen die überbordende Regulierungswut der Behörden gesetzt und Augenmass bewahrt werden.

Entgegen den Behauptungen der Allianz von Gewerkschaften und kirchlichen

Kreisen geht es am 22. September keinesfalls um längere Ladenöffnungszeiten und auch nicht um längere Arbeitszeiten. Es geht auch nicht darum, dass künftig schweizweit rund um die Uhr die Möglichkeit zum Einkaufen bestehen soll.

Vielmehr geht es darum, dass in 24 sowieso geöffneten Tankstellenshops auch alle Produkte verkauft werden dürfen. Helfen Sie mit, dieser unsinnigen Bürokratie ein Ende zu setzen.

Abstimmung vom 22. September – Neues Epidemien-gesetz

## Ja zum bestmöglichen Schutz – weil Epidemien vor Grenzen keinen Halt machen

Schweinegrippe und die Lungenkrankheit SARS haben deutlich gemacht: Epidemien machen vor Landesgrenzen keinen Halt. Das Umfeld von Infektionskrankheiten hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Wir sind mobiler, die Urbanisierung schreitet voran, und klimatische Veränderungen wirken sich auf die Lebens- und Umweltbedingungen aus. Unser Epidemien-gesetz von 1970 bietet für die heutigen Herausforderungen keinen ausreichenden Schutz mehr.

Mit dem überarbeiteten Epidemien-gesetz haben Bund und Kantone die nötige Grundlage, um im Bedrohungsfall rascher und gezielter Massnahmen zu ergreifen, um übertragbare Krankheiten zu erkennen, zu überwachen, zu bekämpfen und insbesondere zu verhüten. Das neue Gesetz sieht eine klare Regelung der Zuständigkeiten von Bund und Kantonen vor. Dem Bund kommt dabei durch seine Aufsichts- und Koordinationsfunktion die klare Führungsrolle zu, während der Vollzug der Massnahmen auf kantonal-er Ebene verbleibt.

Das von den Gegnern der Revision verwendete Argument eines Impfwangs ist falsch. Schon das geltende Epidemien-gesetz sieht die Möglichkeit eines kantonalen Impfbobligatoriums vor. Diese Möglichkeit wird mit dem neuen Epidemien-gesetz stark eingeschränkt. Zudem darf ein Obligatorium nur eine genau definierte Personengruppe betreffen.

Wichtig ist, dass weder das geltende noch das revidierte EpG einen Impfwang vorsehen. Auch in Zukunft kann jede Bürgerin und jeder Bürger frei entscheiden, ob sie oder er

sich gegen eine Krankheit impfen lassen will oder nicht!

Es geht also beim neuen Epidemien-gesetz keinesfalls um einen Impfwang, sondern vielmehr um eine zeitgemässe Anpassung an neue Herausforderungen. Das neue EpG sieht gar erstmals Bestimmungen zum Datenschutz vor und optimiert die internationale Zusammenarbeit – damit die Schweiz auch künftig optimal auf Epidemien vorbereitet und davor geschützt ist.



Abstimmung vom 22. September – Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht

# «Ich bin mittendrin – ich weiss, wovon ich spreche»

Die 28-jährige Martina-Simone Mayer hat als erste Frau ihre Ausbildung von der Rekrutenschule bis zum Abschluss der Offiziersschule bei der Infanterie absolviert. Sie steht heute mittendrin und erlebt die Rekrutenschulen, wie sie wirklich sind. Und sie setzt sich für die Wehrpflicht ein, weil man sie als Nutzen, nicht als Last sehen sollte.

*Sie haben als Frau die Ausbildung von der RS bis zum Abschluss der Offiziersschule bei der Infanterie absolviert. Was hat Sie dazu bewogen, diesen doch ungewöhnlichen Weg einzuschlagen?*

Ich ging mit dem Ziel Sanitätssoldat an die Rekrutierung. Mit dem Stempel «Infanterie» verliess ich das Rekrutierungszentrum in Sumiswald wieder. Ich war sehr nervös vor der RS. Ich wollte meine physischen und psychischen Grenzen kennen lernen, deswegen die Entscheidung, zur Schweizer Armee zu gehen. Doch wirklich in der Infanterie? Ich hatte grossen Respekt vor der bevorstehenden Rekrutenschule. Schlussendlich bin ich sehr froh über meinen Weg. Ich habe viel gelernt.

*Stand das Ziel «Berufsmilitär» von Beginn der Ausbildung an fest? Oder entwickelte es sich erst im Laufe der Zeit?*

Berufsmilitär war das letzte Berufsziel in meinem Kopf. Ich dachte eher an Rettungssanitäter HF oder aufgrund meiner militärischen Bildung an eine Stelle bei einem Sicherheitsunternehmen.

Als ich 2010 Unteroffizier wurde, dachte ich schon ab und zu an eine Offizierslaufbahn, doch als ich dann meine RS beendet hatte, trat dies wieder in den Hintergrund. Damals dachte ich: «Nun bin ich Angehöriger der Armee (AdA) und mache jährlich meine Wiederholungskurse (WK).» Im ersten WK packte mich dann aber der Wunsch, Zugführer zu werden, erneut. Und ich aspirierte.

Ich bestand die nötigen Tests und erfuhr, dass bereits eine Frau, welche aus der Fliegertruppe stammte, die In-



Martina-Simone Mayer weiss als Zeitmilitär, wovon sie spricht.

fanterie Offiziersschule (Inf OS) absolviert hat. Dies machte mir Mut, und ich entschloss mich definitiv dazu, die OS zu machen.

Nach der OS, als Zugführerin im praktischen Dienst, wurde mir immer klarer, dass ich mir einen Beruf in der Armee gut vorstellen kann. Und ich fing an, mein Ziel bewusster zu verfolgen. Heute arbeite ich als Zeitmilitär und stehe vor einem langen Weg bis zum Berufsoffizier.

*Aus eigener Erfahrung: Was können junge Menschen aus der Zeit beim Militär mitnehmen?*

Was ich immer als Erstes erwähne, ist die Kameradschaft. Man begegnet im Militär Menschen aus allen sozialen Schichten. Die verschiedenen Sprachen und kulturellen Hintergründe machen den militärischen Alltag spannend.

Ich persönlich habe gelernt, dass viele Vorurteile gegenüber Mitmenschen abgebaut werden können. Man vergisst nach nur wenigen Tagen, wie jeder einzelne Rekrut in Zivil ausgesehen hat. Und man kategorisiert ihn nicht nach seiner persönlichen Kleidung, da diese ja nicht mehr sichtbar ist. Plötzlich ist der ruhige Junge, welcher im Zivilen die Kleider seiner Geschwister nachträgt, kein Aussenseiter mehr, weil er keine Markenkleider am Leib hat. Und auch der coole Hip-Hopper, der im Zivilen eine Riesenklappe hat, wird bei den ersten Märschen leise.

Man beginnt, sich gegenseitig zu unterstützen, sich mit Leuten zu unterhalten, mit denen man sonst niemals in Kontakt kommen würde. Sei es, weil der eine auf dem Land und der andere in der Stadt lebt oder weil die

## Das sagen FDP-Parlamentarier zur GSoA-Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht



**Nationalrätin  
Corina Eichenberger, AG**

«Die GSoA-Initiative reformiert am Problem vorbei. Wir brauchen mehr Sicherheit und nicht weniger.»



**Doris Fiala,  
ZH**

«Die Wehrpflicht ist Grundbaustein des sozialen Zusammenhalts der Schweiz, da sie Menschen aus allen Landesregionen und sozialen Schichten zusammenbringt.»



**Nationalrat  
Walter Müller, SG**

«Die Wehrpflicht ist Basis für das «Produkt Schweiz», Garant für Leistungsbereitschaft und der Wille, gemeinsam erfolgreich zu sein. Darum Nein zur Abschaffung der Wehrpflicht!»



**Nationalrätin  
Daniela Schneeberger, BL**

«Unser Milizsystem hat sich bewährt und gehört zum Erfolgsmodell Schweiz. Mit der Aufhebung der Wehrpflicht setzen wir die Sicherheit von Land und Leuten aufs Spiel.»

Grenze zwischen Student und Lehrling doch teilweise grösser ist, als man glaubt.

Nach absolvierter RS hat man nicht nur Freunde fürs Leben, sondern auch

### «Die verschiedenen Sprachen und kulturellen Hintergründe machen den militärischen Alltag spannend.»

für sich persönlich einiges mitgenommen. Durchhaltewillen, Ehrgeiz, Fairness zwischen Kameraden, Toleranz gegenüber anderen Sprachen, Hautfarben oder Religionen. Und wer seine Freizeit vor der RS nicht sehr bewusst genutzt hat, wird dies nach den 18 bzw. 21 Wochen bestimmt tun.

*Am 22. September wird über die GSoA-Initiative abgestimmt, die die Abschaffung der Wehrpflicht zum Ziel hat. Wie stehen Sie dazu? Worin sehen Sie die grössten Gefahren bei einer Annahme der Initiative?*

Sollte die GSoA dann bei subsidiären Einsätzen als Milizarmee-Ersatz die Polizei, die Feuerwehr, den Zivilschutz oder die Rettungskräfte mit ihren eigenen Leuten unterstützen

können, sehe ich keine Gefahren.

*Die Initianten kritisieren in letzter Zeit, dass die allgemeine Wehrpflicht eine Illusion geworden sei, dass sie nicht mehr für alle gleich gelten würde. Wie beurteilen Sie das?*

Ich schaue ab und zu auf der GSoA-Seite vorbei. Sie «werben» mit Sportgrössen wie Roger Federer. Den Satz «Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen» finde ich eher lustig. Denn ich weiss, dass einige meiner RS-Kameraden im WK beim Aufbau der Tribü-

nen für Sportveranstaltungen mithelfen. Und ich bin sicher, dass sie dabei weder mit ihren Sturmgewehren noch mit Tarnfarbe im Gesicht rumgerannt sind, um Krieg zu spielen.

Ausserdem hätte Roger Federer mit Sicherheit optimale Trainingsbedingungen angetroffen, wenn er die Spitzensport-RS in Magglingen absolviert hätte. Max Heinzer, der diese RS absolviert hat, hat bestimmt nicht rumgeplempert, sondern trainiert, um die ganzen Medaillen nach Hause zu bringen.

### «Ich hatte bisher als Zugführerin 3 Züge mit gesamthaft 102 Rekruten, von denen keiner ohne positive Erfahrungen aus der Rekrutenschule entlassen wurde.»

gen. Deswegen finde ich dieses Argument eher schwammig.

Es ist zwar richtig, dass man sich bei der Rekrutierung drücken kann, wenn man die RS nicht machen will.

Ich habe auch Freunde, die ein ziviles Leben attraktiver fanden als fünf Monate RS. Aber wenn ein Stellungs-pflichtiger die RS machen möchte und physisch und psychisch gesund ist, dann macht die Armee alles, um eine geeignete Rekrutenschule für ihn zu finden.

*Können Sie in einem Satz erläutern, was für das aktuelle System spricht?*

Ich hatte bisher als Zugführer 3 Züge mit gesamthaft 102 Rekruten, von

denen keiner ohne positive Erfahrungen aus der Rekrutenschule entlassen wurde, auch wenn sie sich das am Anfang nicht vorstellen konnten. Ich denke, das spricht für sich.

# Schweiz schwächen?



- Die «Freiwillige Milizarmee» ist eine Illusion.
- Das Erfolgsmodell Schweiz wird zerstört.
- Die Sicherheit von Land und Bevölkerung ist nicht mehr gewährleistet.
- Ziel ist die Abschaffung der Armee.

Darum am 22. September:

**NEIN** zur Unsicherheits-Initiative  
Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht

**FDP**  
Die Liberalen

**SVP**  
SCHWEIZER  
QUALITÄT  
Die Partei des Mittelstandes

**CVP**

**BDP**

**EVP**  
Evangelische Volkspartei

[www.unsicherheits-initiative-nein.ch](http://www.unsicherheits-initiative-nein.ch)

KMU-Preis 2013

## Kleintier-Spezialisten Klinik ARC, Appenzell Ausserrhoden

In der Tiermedizin steigen die Anforderungen und Ansprüche der Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer. Für den einzelnen Tierarzt wird es immer schwieriger, allen Ansprüchen gerecht zu werden und über die dafür notwendigen Einrichtungen zu verfügen. Diese Entwicklung hat Dr. med. vet. Martin Hofstetter bewogen, in Herisau die Kleintier-Spezialisten Klinik ARC zu eröffnen. Seine Initiative scheint auf fruchtbaren Boden zu fallen, haben doch die Tierärzte in der Ostschweiz positiv auf das Angebot reagiert. «Wir wollen den Tierärzten unsere Dienstleistung anbieten und ihre Tätigkeiten sinnvoll ergänzen; wir nehmen keine Kunden direkt an, sondern nur nach der Überweisung durch einen Tierarzt». Die vielseitige und moderne Einrichtung der Kleintier-Spezialisten Klinik ermöglicht es, die vierbeinigen Patienten komplett zu

Animal  
Referral  
Center



untersuchen und zu therapieren. Das Ärzteteam besteht aus international ausgebildeten Tierärzten, die nach dem Staatsexamen eine 5-jährige klinische Zusatzausbildung in ihrem Fachgebiet der Kleintiermedizin genossen haben.

Zum Team der Klinik gehören neben Inhaber Martin Hofstetter (Chirurgie) die Tierärztin Wanda Burkhardt (Innere Medizin) sowie Belegärztinnen für Ophthalmologie, Dermatologie und Kardiologie. Zudem ist eine Tierphysiotherapeutin vor Ort.

«Der Umstand, dass in der Klinik verschiedene international ausgebildete Spezialisten arbeiten, garantiert eine optimale Versorgung und eine qualitativ gute Nachbetreuung», betont Martin Hofstetter. ([www.arc-o.ch](http://www.arc-o.ch))

KMU-Preis 2013

## Bandplanet AG, Zug

Fairtrade-Music: Bandplanet hilft unbekanntem, unabhängigen Musikern und Bands (d.h. ohne Plattenvertrag – das sind über 99,9 Prozent aller Künstler weltweit), ihre Musik einem internationalen Publikum via einer internetbasierten Plattform anzubieten. Seit Mitte 2011 wurden Künstler aller Musikgenres aus über 60 Nationen für diese Idee der Musik-Vermarktung gewonnen: sie bieten bereits mehrere Tausend Musikstücke via Bandplanet an. Dazu kommen weltweit mehrere Tausend Musikfreunde und Fans aus über 130 Nationen, welche Musik ab Bandplanet herunterladen und dafür bezahlen.

Bandplanet funktioniert nach dem Prinzip des Fairtrade-Ansatzes: der

Künstler bestimmt den Verkaufspreis seiner Musik selbst und erhält 100 Prozent der Einnahmen. Bandplanet erhält vom Künstler monatlich EUR 9.80 für die Zurverfügungstellung und Nutzung der Plattform, ungeachtet der Anzahl hochgeladener oder verkaufter Musikstücke.

Bandplanet finanziert sich zusätzlich über Premium-User-Accounts,

Online-Werbung sowie eine Music-Card (Format Kreditkarte), die es ermöglicht, die CD als Tonträger vollständig zu ersetzen. Mit der platzsparenden Music-Card können Künstler z.B. ihre Musik an Auftritten direkt verkaufen, ohne kistenweise CDs herumschleppen zu müssen.

Neben der Online-Plattform fördert Bandplanet zahlreiche Offline-

Aktivitäten, wie Musikwettbewerbe in Lateinamerika oder einen Lovemobile-Wagen an der Streetparade. Bandplanet hat 2013 beim Zuger Jungunternehmerpreis des Technologieforums den 2. Platz gewonnen. ([www.bandplanet.com](http://www.bandplanet.com))